

Nie war eine Europawahl wichtiger – Wer morgen sicher leben will, muss heute für Europa kämpfen

**Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion zur Europawahl
11. Januar 2019**

Darum geht es uns: Wir wollen, dass diese Europawahl eine Entscheidung für mehr Gerechtigkeit, für mehr Demokratie, letztlich für mehr Europa wird. Wir wollen mehr Investitionen in den Zusammenhalt und die Zukunft Europas. Wir wollen eine verbindliche europäische Sozialagenda und eine gerechte Besteuerung der Internetgiganten. Wir wollen über Bildung, Wissenschaft und Forschung eine gute Zukunft in Europa gestalten sowie den europäischen Jugendaustausch fördern. Wir wollen einen starken, krisenfesten Euro und einen Investitionshaushalt für die Eurozone. Wir wollen eine gemeinsame europäische Außenpolitik, die auf Frieden und Abrüstung setzt. Wir wollen europäische Lösungen statt nationaler Alleingänge und neuem Nationalismus. Das sind unsere Kernziele für die Europawahl und Europas Zukunft. Und um diese Ziele zu erreichen, kämpfen wir für eine progressive Mehrheit im neuen Europäischen Parlament. Und dafür, dass der Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokratie nächster EU-Kommissionspräsident wird.

In weniger als einem halben Jahr ist Europawahl. Nie war die europäische Einheit gefährdeter. Nie waren die politischen, sozialen und kulturellen Fliehkräfte in Europa größer. Nie war eine Europawahl wichtiger. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, dass die Parteien und Parteienfamilien, die für Europa einstehen, mit frischen Ideen in die Europawahl ziehen. Dass sie unterschiedliche Wege für die Zukunft Europas aufzeigen, damit sich diese Europawahl nicht auf einen Schwarz-Weiß-Wahlkampf für oder gegen Europa verengt. Sondern zu einem Wettbewerb der Demokraten und ihrer nationalen und europäischen Spitzenkandidaten um die besten Ideen für das Europa der Zukunft wird.

Bei der Europawahl geht es um viel. Es geht um Weltoffenheit oder Abschottung. Um Investitionen oder Austerität. Um mehr soziale Gerechtigkeit oder mehr Markt. Um europäischen Aufbruch oder Dauerblockade. Um einen neuen europäischen Geist oder die Rückkehr der alten Dämonen des Nationalismus. Unsere Antwort ist klar: Wir wollen ein starkes Europa des Zusammenhalts und der Solidarität. Ein Europa, das seine Werte der Freiheit und Demokratie im Innern und nach außen glaubwürdig vertritt. Ein Europa, das im globalen 21. Jahrhundert auf die gemeinsame Kraft vertraut, die aus der Einheit Europas erwächst. Wir sagen: Europa ist die Antwort.

Wir wollen, dass Klarheit, Mut und europäische Gemeinsamkeit die Monate bis zur Europawahl und den Europawahlkampf prägen. Dafür treten wir ein.

Erstens - Klarheit

Das heißt vor allem: Keine Ambivalenzen, keine Zweideutigkeiten gegenüber jenen politischen Kräften, die Europa schwächen oder wieder abwickeln wollen. Salvini in Italien, Strache in Österreich, Orban in Ungarn, Le Pen in Frankreich, Wilders in den Niederlanden, Gauland und Höcke in Deutschland – sie alle blasen zum Angriff auf das geeinte Europa und die liberale Demokratie, die das tiefere

Fundament der Freiheit und Einheit Europas ist. Ihre Vorstellung eines Europas der Nationalisten ist nichts anderes als eine Rückkehr des alten nationalen Gegeneinanders in vermeintlich neuem Gewand. Hierauf kann es nur eine Antwort geben: Nie wieder Nationalismus! Wir lassen uns dieses Europa nicht kaputt machen!

Zugleich werden wir klar und eindeutig jenen Mythen und Lebenslügen widersprechen, die allzu gerne gegen die Europäische Union in Stellung gebracht werden. Deutschland ist eben gerade nicht der Lastesel Europas, sondern der größte Netto-Profiteur der Einigung – ökonomisch, politisch und auch kulturell. Die Europäische Union führt auch nicht zu einem Verlust, sondern einem realen Zuzugewinn an Souveränität für Deutschland und die übrigen Mitgliedstaaten. Das gilt umso mehr in einer Zeit, in der viele der großen Herausforderungen nicht mehr national, sondern nur noch europäisch oder global gelöst werden können – vom Klimaschutz, über Regeln für den globalen Digitalkapitalismus bis hin zur Behauptung europäischer Interessen gegenüber einem US-Präsidenten, der offensichtlich nicht einmal vor Handelskriegen und neuem Wettrüsten zurückschreckt.

Zweitens - Mut

Mut und Zusammenhalt muss die EU jetzt zuallererst gegenüber Großbritannien beweisen. Bisher ist dies gelungen. Auf der Schlussgraden muss weiter gelten: Einheit und Einigkeit der EU27 haben oberste Priorität. Der mit der britischen Regierung ausgehandelte Brexit-Deal ist alles in allem fair und vernünftig. Das Austrittsabkommen bietet die Chance auf einen geordneten Brexit ohne Chaos. Das muss das Ziel sein. Natürlich darf der Dialog mit der britischen Regierung nicht abreißen. Politische Rabatte für politisches Chaos darf es aber nicht geben. Das Austrittsabkommen wird nicht wieder aufgemacht. Es ist allerhöchste Zeit, dass sich alle Beteiligten in Großbritannien des Ernstes der Lage bewusst werden. Die Menschen in Großbritannien und Europa haben in einer solchen elementaren Frage einen Anspruch darauf, dass ihre Interessen im Vordergrund stehen, nicht taktische Scharmützel und politische Zockerei. Einen No-Deal-Brexit kann niemand wirklich wollen, dem es um das Wohl der Menschen in Großbritannien und Europa geht. Der Brexit ist kein Spiel, sondern eine Entscheidung von historischer Tragweite.

Die SPD hat in den Koalitionsvertrag das Ziel eines neuen Aufbruchs für Europa hineingekämpft. Diesem Ziel bleiben wir verpflichtet. So schwierig es wird: Auch in den verbleibenden Monaten bis zur Europawahl gilt es mutig und mit aller Kraft dafür zu werben, dass so viele Fortschritte wie möglich für mehr Zusammenhalt in Europa und der Eurozone erreicht werden. Der Europawahlkampf darf nicht als Entschuldigung für politisches Nichtstun vorgeschoben werden. Auf dem Treffen der europäischen Finanzminister im Dezember konnten wichtige Schritte erreicht werden, um Risiken im Bankensektor weiter abzubauen und die europäischen Banken zu den stabilsten und sichersten Banken der Welt zu machen, etwa durch die Schaffung von Verlustpuffern in den Bankbilanzen. Mit dem Ausbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Letztsicherung für die Banken-Union sorgen wir dafür, dass nicht noch einmal aus einer Bankenkrise eine europaweite Wirtschaftskrise wird.

Wichtige Fragen wie die Schaffung eines Haushaltes der Eurozone oder eine gerechte Besteuerung gerade der großen Internetkonzerne bedürfen jedoch weiterer politischer Initiative. Auf dem Gipfel

der Regierungschefs im Dezember sind die Entscheidungen hierzu hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben. Europawahl hin oder her: Der politische Einsatz für eine mutige Reform Europas und der Wirtschafts- und Währungsunion muss in den kommenden Wochen und Monaten weitergehen. Ziel muss es sein, sich im März auf eine Richtlinie für eine europäische Digitalsteuer zu verständigen. Zudem müssen die Pläne für den Eurozonen-Haushalt möglichst schnell möglichst ambitioniert ausgestaltet werden. Auch kommt es darauf an, dass die Debatte über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) endlich Fahrt aufnimmt. Deutschland muss dazu beitragen, indem die Bundesregierung die Bereitschaft Deutschlands unterstreicht, mehr in den EU-Haushalt zu investieren als bisher, damit zum Beispiel die gemeinsamen Außengrenzen wirksamer als bisher geschützt werden können oder damit mehr Mittel für Zukunftsinvestitionen und für gesellschaftlichen und kulturellen Austausch zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus wird es in den kommenden Wochen und Monaten darauf ankommen, dass die demokratischen Parteien und Parteienfamilien mit mutigen Ideen in den Europawahlkampf ziehen. Ideen, die politische Gestaltungsalternativen für die Zukunft Europas zur Wahl stellen. Wir wollen dabei klare sozialdemokratische Schwerpunkte setzen:

- Mehr Investitionen und Innovation statt ideenloser und ungerechter Austerität.
- Ein Investivhaushalt für die Eurozone, damit in Europa besser zusammenwächst, was zusammengehört.
- Ein europäischer Stabilisierungsfonds für nationale Arbeitslosenversicherungen, der als Sicherheitsnetz in akuten Krisen dienen kann.
- Eine verbindliche Sozialagenda mit fairen Mindestlöhnen in möglichst allen EU-Staaten und mehr Mitteln im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.
- Eine Stärkung des Kernprinzips eines sozialen Europas, dass überall in Europa der gleiche Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gezahlt wird und so gute Arbeit gesichert und gefördert wird.
- Eine stärkere Förderung der Jugendbegegnung und des Jugendaustausches, mehr länderübergreifende Kooperation in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und eine Vertiefung der Zusammenarbeit im europäischen Hochschulraum bis hin zu einem Netzwerk von profilierten Europa-Hochschulen.
- Eine neue Priorität für Wissenschaft und Forschung durch einen Ausbau der europäischen Forschungsförderung mit klaren Programmschwerpunkten, einer ausreichenden finanziellen Ausstattung und einer Modernisierung der Förderstrukturen.
- Eine strategische Wirtschafts- und Industriepolitik, die Schlüsseltechnologien fördert und Zukunftsmärkte für Europa erschließt, etwa in der Batteriezellfertigung oder in der Entwicklung und Anwendung Künstlicher Intelligenz (KI).

- Ein gestärkter europäischer Verbraucherschutz, der konkret die Lebensbedingungen der Menschen verbessert, auch im Bereich der Datensicherheit. Vieles zum Schutz der Sicherheit der Nutzerdaten ist bereits in der Datenschutz-Grundverordnung geregelt. Auf europäischer Ebene müssen darüber hinaus umfassende Regeln zum Schutz von persönlichen Daten durchgesetzt werden.
- Eine weiter verschärfte europäische Strategie für Cyber-Sicherheit, die die Fragmentierung in diesem Bereich verringert und Sicherheitsstandards verbessert.
- Eine deutlich intensivierete Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, etwa durch gemeinsame europäische Datenbanken mit Informationen über Straftäter und Extremisten sowie mehr Kompetenzen für die Polizeiorganisation Europol.
- Eine gerechte Besteuerung der Internetkonzerne, damit nicht nur der Handwerker seine Steuern bezahlt, sondern auch Google, Amazon, Facebook und Co.
- Eine wirksame Unterbindung grenzüberschreitender Steuervermeidungspraktiken durch unfaire Gewinnverlagerungen und Gewinnkürzungen, insbesondere auch indem wir Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern schaffen.
- Ein starker europäischer Haushalt, der gemeinsame europäische Aufgaben finanziert und in den Deutschland mehr investiert als bisher.
- Ambitionierte Ziele der EU für mehr Klima- und Umweltschutz.
- Ein effektiver Schutzwall für den Binnenmarkt gegenüber der unlauteren Dumpingpolitik Chinas genauso wie gegenüber der aggressiven Handelspolitik der USA.
- Eine gemeinsame europäische Außenpolitik, die auf Diplomatie, Entspannung, Dialog und vorausschauende Entwicklung setzt – als Gegenentwurf zu Konfrontation, Aufrüstung und neuer nationaler Großmachtpolitik. Wir wollen auch die Zusammenarbeit in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik deutlich enger verzahnen und streben als längerfristiges Ziel eine europäische Armee an.

Das sind einige der Leitideen, die aus unserer sozialdemokratischen Sicht in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung über die Zukunft Europas gehören. Und für die wir werben und kämpfen wollen.

Drittens - europäische Gemeinsamkeit

Mehr denn je brauchen wir bei dieser Europawahl einen echten europäischen Wahlkampf, geführt von den gemeinsamen Spitzenkandidaten der Parteienfamilien in Europa. Wobei klar ist: Am Ende wird nächster EU-Kommissionspräsident, wer eine Mehrheit der Abgeordneten im neu gewählten Europäischen Parlament hinter sich versammeln kann. Niemand sonst. Das ist das, was das EU-Parlament beschlossen hat. Und das ist das, was diesen Wahlkampf spannend machen wird. Denn noch längst steht nicht fest, welcher der Spitzenkandidaten letztlich das Rennen machen und an die Spitze

der Kommission rücken wird. Die Parteienlandschaft in Europa sortiert sich vielfach neu. Mit der Folge, dass neue Allianzen und Mehrheiten im neuen Parlament möglich sind.

Als Sozialdemokraten sagen wir: Europa braucht gerade jetzt Mehrheiten für progressive Politik und einen progressiven Kommissionspräsidenten. Damit die Rechten und Nationalisten keine Chance haben, ihre Agenda der Schwächung und Zerstörung Europas in praktische Politik umzusetzen. Und damit die Konservativen in Europa nicht länger wirklich fortschrittliche Reformen in Europa blockieren können. Europa braucht keinen Kommissionspräsidenten von Orbans Gnaden, sondern einen fortschrittlichen Kommissionspräsidenten, der Orbán, Salvini, Strache und Co die Stirn bietet. Einen sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten, der starke Investitionen mit guter Arbeit und ökologischer Nachhaltigkeit zu einer neuen europäischen Zukunftsaufgabe verbindet.

Zusammengefasst: Mit Klarheit, Mut und europäischer Gemeinsamkeit kann dieser Europawahlkampf zu dem werden, was Europa gerade jetzt dringend braucht – zu einem neuen Aufbruch. Einem Aufbruch für ein Europa, das mit mehr Selbstvertrauen, mehr Optimismus und mehr Solidarität in die Zukunft blickt. So schwierig die Lage Europas ist und so hart der Europawahlkampf werden wird – genau das muss das Ziel sein: Dass Europa der erste Gewinner dieser Europawahl ist. Wir haben es gemeinsam in der Hand. Der Europawahlkampf darf deshalb auch nicht nur eine Sache der Parteien sein. Gesellschaftliche Initiativen und Bewegungen sollten sich einmischen, letztlich jede und jeder Einzelne. Denn: Gewinnt Europa, gewinnen wir alle.